Bürgerkomitee Leipzig e.V.
für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)

Träger der Gedenkstätte
Museum in der „Runden Ecke" mit
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

RICHTIGSTELLUNG

Leipzig, den 18.09.2019

Unser Zeichen:LVZ-Richtigstellung.doc

zum Artikel „Schwerwiegende Probleme" in der Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 04.09.2019, Seite 16

In der LVZ vom 4. September 2019 nahm der Redakteur Mark Daniel, eine Anfrage der AfD-Fraktion zur Arbeit der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" in der Stadtratssitzung vom gleichen Tage zum Anlass, um eine über drei Monate zurückliegende persönlich diffamierende und offensichtlich bewusst rufschädigende Polemik des Leipziger Stadtmagazins „Kreuzer", das sich selbst als „subjektiv. selektiv" im Untertitel bezeichnet, gegen Tobias Hollitzer und die von ihm geleitete Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" neu zu befeuern. Auch Mark Daniel arbeitet ebenso wie der „Kreuzer" mit Halbwahrheiten, Auslassungen und Falschaussagen - Neudeutsch: fake News. Daher ist die nachfolgende ausführliche Richtigstellung dringend geboten.

In der LVZ wird von „umstrittenen Methoden" gesprochen, die Tobias Hollitzer „sowohl als Ausstellungsmacher wie als Vorgesetzter" pflegen würde, ohne dies zu konkretisieren oder zu belegen. Frei nach dem Motto: „Irgendetwas wird schon hängen bleiben." Zitiert wird u. a. ein ehemaliges Vorstandsmitglied, dass sein Vorstandsmandat vor 11 Jahren allerdings auch „wegen drohender bzw. vorhandener Überlastung" niedergelegt hatte, wie er damals an seine Vorstandskollegen schrieb.

Ebenfalls mit ausschließlich unbenannten Quellen, aber angeblich „wissenschaftlich und faktisch belegt" behauptet der Autor des Artikels: „So sprechen Museums-Experten dem gelernten Möbeltischler die fachliche Eignung ab, um die Einrichtung zu führen."

Tobias Hollitzer durfte in der DDR aus politischen Gründen, trotz eines sehr guten Abschlusszeugnisses kein Abitur ablegen, da er weder in der FDJ war, noch die staatliche Jugendweihe mitgemacht, vor allem aber, da er die obligatorische Schießausbildung im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung ab Klasse 9 verweigert hatte. Er ist nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz offiziell als verfolgter Schüler anerkannt und entsprechend rehabilitiert worden. Nach dem Abschluss seiner Lehre als Möbeltischler hat er bis 1989 als Holz- und Möbelrestaurator in der Denkmalpflege gearbeitet und war vor allem in kirchlichen Umweltgruppen aktiv, weswegen die Staatssicherheit ihn auch in einem Operativen Personenkontrollvorgang (OPK) bearbeitete. Er beteiligte sich ab dem 4. Dezember 1989 aktiv an der Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. 1990 war er im Auftrag des Sonderausschusses der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS Archivbeauftragter für den Bezirk Leipzig. Seit Gründung der Stasi-Unterlagen-Behörde war Herr Hollitzer Mitarbeiter in der Außenstelle Leipzig, ab 1991 Sachgebietsleiter und stellv. Außenstellenleiter. Nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit für das Bürgerkomitee Leipzig e.V. übernahm er 2007 hauptamtlich die Leitung der Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" mit dem Museum im Stasi-Bunker.

Seit 1996 hat Tobias Hollitzer zahlreiche Veröffentlichungen zur Friedlichen Revolution in Leipzig, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie zur Gedenk- und Erinnerungspolitik vorgelegt. Der langjährige Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Zeitgeschichte sowie Direktor des Hannah-Ahrendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT) in Dresden Prof. Dr. Günter Heydemann bestätigte Herrn Hollitzer in einem Gutachten im Jahr 2000 ausdrücklich „mustergültige wissenschaftliche Arbeit" und qualifiziert seine Studie über die Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig als „jeder Magister- oder Staatsexamensarbeit

gleichzusetzen" um abschließend festzustellen: „An der wissenschaftlichen Qualifikation von Herrn Hollitzer besteht daher nicht der geringste Zweifel." 2009 wurde Tobias Hollitzer mit dem Einheitspreis der Bundeszentrale für politische Bildung ausgezeichnet und im Oktober 2015 erhielt er für seine Arbeit in der DDR-Opposition und als Leiter der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse direkt durch den damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck verliehen. Er ist Mitglied in verschiedenen Beiräten und Expertenkommissionen.

Die meisten dieser Fakten, die der Redakteur Mark Daniel in seinem Text offenbar bewusst verschwiegen hat, um die Qualifikation von Tobias Hollitzer in Abrede zu stellen, sind im Internet recherchierbar, aber auch nachgefragt hat er nicht.

Als Beleg für die behauptete „Unfähigkeit" von Tobias Hollitzer als Ausstellungsmacher und Gedenkstättenleiter wird die Ausstellung „STASI – Macht und Banalität" angeführt und dabei immerhin erwähnt, dass Herr Hollitzer ihm auf Nachfrage mitgeteilt hatte, dass die unmittelbar aus der Friedlichen Revolution entstandene Dauerausstellung „Stasi-Macht und Banalität" inzwischen bereits für sich ein museales, die Geschichte der Friedlichen Revolution authentisch vermittelndes Objekt geworden ist und daher in dieser Form erhalten und konserviert werden soll. Nicht erwähnt wird allerdings, dass diese Entscheidung keine Einzelmeinung von Herrn Hollitzer ist, sondern das Ergebnis eines Entwicklungskonzeptes der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke", das gemeinsam mit dem Vorstand und externen Fachleuten erarbeitet und 2016 unter anderem dem Kulturamt der Stadt Leipzig übergeben und im Fachausschuss Kultur vorgestellt wurde. Gegenpositionen gab es nie. Ebenfalls erwähnt der LVZ-Redakteur nicht, dass das Konzept selbstverständlich Ergänzungen und Kontextualisierungen dieser historischen Ausstellung für notwendig erachtet, für die aber wiederum auch mehr Platz gebraucht wird, die erst im Zusammenhang mit der jetzt vom Leipziger Stadtrat auf den Weg gebrachten Entwicklung des Areals der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung am früheren Matthäi-Kirchhof zu einem „Forum für Freiheit und Bürgerrechte" zur Verfügung stehen wird. All das war dem Redakteur Mark Daniel auf Anfrage mitgeteilt worden.

In dem Entwicklungskonzept ist ebenfalls festgehalten, dass die jetzige Ausstellung restauriert und konserviert werden muss. Der LVZ-Redakteur schreibt in seinem Text: „Rainer Eckert moniert, dass genau das nicht geschieht. Wertvolle Dokumente mit einer Reißzwecke zu befestigen und verwittern zu lassen, sei unverantwortlich." Allein ein Blick in die Ausstellung hätte Mark Daniel gezeigt, dass auf den Ausstellungstafeln mitnichten „wertvolle Dokumente" mit Reißzwecken befestigt sind und verwittern, sondern - im Gegenteil – es handelt sich um Kopien oder Fotos, die dort gezeigt werden. Die Präsentation von Originalobjekten in dieser Form würde sich selbstverständlich verbieten und auch von den in der Gedenkstätte beschäftigten Museologen nicht zugelassen werden.

Weiter zitiert Mark Daniel sehr selektiv aus einem Gutachten von Rainer Eckert über das Areal „Runde Ecke" aus dem Jahr 2016, worin der Autor fürs Museum „schwerwiegende restauratorische Probleme" feststelle. Ein Blick auf Seite 30 des genannten Gutachtens zeigt allerdings, dass der Kontext ein ganz anderer ist, denn dort heißt es: „Die Dauerausstellung in der „Runden Ecke" wird seit 26 Jahren in authentischer Umgebung präsentiert, der Linoleumfußboden, die Scherengitter an den Fenstern, Überwachungskameras und der charakteristische Muff der Arbeitszimmer sind erhalten. Das macht zum einen den besonderen Reiz der Ausstellung aus, bringt aber mit voranschreitender Zeit erhebliche restauratorische Defizite mit sich. An einer Lösung arbeitet das Bürgerkomitee bereits seit einigen Jahren und sammelt auch Objekte für diese Überarbeitung. Hier ist zum einen der authentische Ort zu erhalten, zum anderen sind die schwerwiegenden restauratorischen Probleme zu lösen." Die LVZ aber formuliert genau aus diesem Zitat die Schlagzeile und unterstellt Verantwortungslosigkeit, obwohl Rainer Eckert in seinem Gutachten ausdrücklich betont, dass wir bereits an einer Lösung arbeiten.

Die im Artikel zitierte Forderung von Rainer Eckert nach einer grundsätzlichen „Modernisierung" der Ausstellung ist eine Position, die bei weitem nicht von allen vertreten wird, sondern es gibt eine Reihe von Historikern und Geschichtsdidaktikern, die genau dies ausdrücklich ablehnen. Auch im Rahmen einer umfangreichen Besucherevaluation mit ca. 2.500 Fragebögen, wurden bewusst Fragen zum Erhalt der Originalität der Ausstellungsräume sowie der bestehenden Ausstellung gestellt. Die Meinung der Besucher zeigte hier überdeutlich, wie wichtig der Erhalt der originalen Räume ist, denn über 93 % sprachen sich dafür aus. Über 85 % der Befragten sprach sich auch für einen Erhalt der originalen Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität" aus. Die bewusst an anderer Stelle im Fragebogen getroffene Aussage „Die Ausstellung sollte modernisiert werden" fand hingegen nur 27 % Zustimmung. Zu einer ähnlichen Einschätzung kamen auch Studierende des Masterstudiengangs Public Historie der Freien Universität Berlin, die im Rahmen eines Seminars sowohl die Dauerausstellungen im Zeitgeschichtlichen Forum (ZFL) als auch die in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" besuchten. Zur Überraschung der Dozentin bewerteten die Studierenden die Ausstellung in der „Runden Ecke" positiv. Auch nach ausdrücklichen Hinweisen, dass die Ausstellung in der „Runden Ecke" im Gegensatz zu der im ZFL nicht den an der Universität gelehrten Präsentationsformen entspricht, blieben sie bei Ihrer Meinung, dass die „Runde Ecke" authentisch sei und nicht so „glatt" und „gestaltet" wie das ZFL. Außerdem hinterlassen die Besucher im Gästebuch immer wieder genau solche Hinweise und bitten ausdrücklich um den Erhalt der Ausstellung, die sie gerade besichtigt haben. All diese Erkenntnisse sind in das Entwicklungskonzept der Gedenkstätte eingeflossen.

Der LVZ-Redakteur Mark Daniel zitiert außerdem aus der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, dass ein „wissenschaftlich sowie museologisch oder pädagogisch fundiertes Konzept" als Fördervoraussetzung vorliegen müsse, dessen Qualität „durch

die Mitwirkung von Experten aus Universitäten und/oder Forschungseinrichtungen sowie von Fachleuten aus Museen und Gedenkstätten zu gewährleisten" ist, um sich dann in die Unterstellung zu versteigen: „Keine dieser Punkte erfüllt die Arbeit Hollitzers". Als einzigen Beleg für diese Unterstellung führt Herr Daniel „mehrere Beobachter" an, die im Duktus des Artikels selbstverständlich anonym bleiben. Wie bereits dargestellt und auch Herrn Daniel auf seine Anfragen hin mitgeteilt, hat das Bürgerkomitee Leipzig e.V. als Träger der Gedenkstätte gemeinsam mit externen Experten und Fachleuten aus Museen und Gedenkstätten ein „Mittelfristiges Entwicklungskonzept" erarbeitet und dem Kulturamt der Stadt Leipzig sowie im Fachausschuss Kultur im Jahr 2016 vorgestellt. In Absprache mit dem Kulturamt wurde dieses Konzept auch durch die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geprüft und der Stiftungsrat hat auf seiner 54. Sitzung am 05.11.2018 „die grundsätzliche Umsetzung" empfohlen. In dem vom Stadtrat am 31.05.2018 beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK) wird das Entwicklungskonzept der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" ausdrücklich genannt und die Stadtverwaltung beauftragt, dessen Umsetzung zu begleiten (Vorlage VI-DS-04159-NF-01, Seiten B-6, B-25, C2.6-10.) Es gibt also sehr wohl ein mit den Zuwendungsgebern abgestimmtes Entwicklungskonzept der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke", das auch eine Grundlage der jährlichen institutionellen Förderung ist. Zusätzlich müssen jedes Jahr neben den Wirtschaftsplänen auch umfangreiche Konzepte zu den im jeweiligen Jahr geplanten Arbeiten eingereicht werden, die dann die Grundlage für die Bewilligung der Förderung darstellen. Anders fließt kein Geld.

Der LVZ-Redakteur Mark Daniel behauptet weiterhin einen „seit langem schwelenden Unmut über Hollitzer", der „auch die Verwendung sowie Verteilung von Geldern" betreffen würde. Er moniert als „pikant", dass Tobias Hollitzer in seiner Funktion als Gedenkstättenleiter und Experte im Beirat des aktuellen Förderprogramms „Revolution und Demokratie" des Freistaats sitzt, „der über die zu fördernden Projekte entscheidet." Weiter beklagt er: „In der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist Hollitzer gar Vorsitzender des Stiftungsbeirats und bei allen Sitzungen des über das Geld fürs Bürgerkomitee entscheidenden Stiftungsrates dabei. Laut Satzung ist er auch antragsberechtigt. Sprecherin Julia Spohr verweist darauf, dass die Vorsitzenden der Beiräte kein Stimmrecht haben. Unstrittig ist: Allein die Anwesenheit von Antragstellern bei der Förderentscheidung des Gremiums schafft Befindlichkeiten." Hier wird bewusst der Eindruck herbeigeführt, dass Herr Hollitzer sowohl im Beirat für das Förderprogramm „Revolution und Demokratie" der Sächsischen Staatskanzlei als auch in den Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) manipulativ über die Förderung der eigenen Einrichtung mitentscheiden könne. Dies ist schlicht falsch, denn immer dann, wenn Gremienmitglieder selbst von Anträgen betroffen sind, müssen diese die Sitzung verlassen, um genau diese Befangenheit in eigener Sache zu vermeiden. Herr Daniel wollte diesen falschen Eindruck offenbar ganz bewusst erwecken, denn die Sächsische Staatskanzlei hatte ihm auf seine Anfrage hin ausdrücklich mitgeteilt, dass „die Beiratsmitglieder nicht an der Beratung und Vergabeentscheidung über die eigenen Förderanträge teilnehmen".

Außerdem beklagt der LVZ-Redakteur, dass trotz dieser angeblich fehlenden Voraussetzungen „beträchtliche Summen an den Verein" ausgezahlt würden und rechnet für das Jahr 2019 eine Summe von 611.000 Euro zusammen. Auf seine diesbezügliche Anfrage hatte Herr Hollitzer um Erläuterung gebeten, da der Trägerverein eine deutlich niedrigere institutionelle Förderung von Bund, Land und Stadt im Jahr 2019 erhalten wird, nämlich 508.000 Euro. Mark Daniel hat bei seiner Rechnung offenbar verschiedene zusätzliche Projektförderungen für ganz konkrete in sich abgeschlossene Vorhaben mit eingerechnet, um auf diese Summe zu kommen. Die von uns angesprochene Differenz versuchte er nicht etwa aufzuklären, sondern verwendet dies in seinem Text als Beleg für seine Unterstellung, dass „noch nicht alle Mittel ausgereicht worden sind" und erklärt, dass dies bei „Regelverstößen, nicht eingehaltenen Vorgaben oder ausstehenden Abrechnungen" der Fall sei. Dann bringt er ein Beispiel für einen solchen angeblichen Regelverstoß, der ihm von der Leiterin des Kulturamtes Susanne Kucharski-Huniat zugearbeitet worden sei, indem er schreibt: „Die institutionelle Förderung für das Bürgerkomitee liegt seit 2017 bei 150.000 Euro. Ein Drittel davon war an ein Konzept zur weiteren Arbeit geknüpft. Das jedoch wurde vom Verein nicht eingereicht, so dass 2017 von den zurückbehaltenen 50.000 nur gut 21.000 Euro flossen. Erst Ende September 2018 lag das vollständige Konzept auf dem Amtstisch." Wir hatten Herrn Daniel auf seine Anfrage hin vor der Veröffentlichung darauf hingewiesen, dass der Sachverhalt ein gänzlich anderer war:

Die angesprochenen anteiligen 50.000 Euro von der städtischen institutionellen Förderung in einer Gesamthöhe von 150.000 Euro sollen zur Umsetzung von ersten Schritten aus dem Entwicklungskonzept der Gedenkstätte verwendet werden. Nachdem wir im Verlaufe des Jahres die grundsätzliche Verwendung der Mittel mit dem Kulturamt besprochen hatten, teilte uns dieses zum Ende des Jahres 2017 mit, dass die vorgesehene Anschaffung von Garderobenschränken sowie Regalen und Schränken für die Ausstattung zusätzlicher Räume für das Sammlungsdepot, nicht aus der institutionellen Förderung bezahlt werden dürften, da es investive Ausgaben wären. Daher wurde der Betrag von 28.779,95 Euro im Jahr 2017 von der Stadt nicht ausgezahlt, aber stadtintern in den Invest-Haushalt übertragen und uns 2018 im Rahmen eines neu gestellten Antrages auf Förderung eines „Investiven Projektes" zusätzlich zugewendet, von uns 2018 entsprechend verwendet und die Verwendung gegenüber dem Kulturamt nachgewiesen. Die Mittel sind also in gemeinsamer Absprache zwischen Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger nur von einem Haushaltsjahr in das folgende übertragen worden. Der dargestellte Sachverhalt ist – obwohl wir Herrn Daniel darüber ausführlich informiert hatten - falsch dargestellt worden.

Da diese Unterstellung eines angeblichen Missverhältnisses zwischen der Höhe der Förderung auf der einen und den Ergebnissen der Gedenkstättenarbeit auf der anderen Seite dem LVZ-Redakteur offenbar noch nicht groß genug waren, schreibt Mark Daniel von weiteren Millionen, die dem Verein angeblich zugeflossen wären und die Herr Hollitzer unterschlagen

hätte, wenn er feststellt, dass die Gedenkstätte für ihre vielfältigen Aufgaben und die umfangreichen Arbeitsergebnisse deutlich zu wenig Förderung erhält. Auch wenn Herr Daniel schreibt „entsprechende Dokumente liegen der Redaktion vor", solche Dokumente kann es nicht geben, denn weder der behauptete Betrag von angeblich 5 Millionen aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR für „Umbau, Neugestaltung und Restaurierung musealer Räumlichkeiten" im Jahr 2018 noch der von 1,75 Millionen Euro für „Sanierung und Restaurierung des Gebäudes sowie Erarbeitung einer Dauerausstellung" im Zeitraum von 2013 bis 2016 sind jemals bewilligt worden und erst recht nicht geflossen. Einzig ein Betrag von 1,042 Mill. Euro sind dem Bürgerkomitee für den Zeitraum 2018 bis 2021 für das zusätzliche Projekt „Umbau, Neugestaltung und Restaurierung musealer Räumlichkeiten" in Aussicht gestellt worden. Dies ist übrigens in wenigen Augenblicken über das Internet recherchierbar. Allein an diesen Mitteln ist zu erkennen, dass sich Tobias Hollitzer als Leiter sehr intensiv und erfolgreich auf Basis des erarbeiteten Konzeptes für die weitere Entwicklung der Gedenkstätte und auch ihrer Ausstellungen engagiert. Die Umsetzung dieses Projektes hängt nun aber ganz entscheidend vom weiteren Planungsfortschritt im Zusammenhang mit dem „Forum für Freiheit und Bürgerrechte" ab, das die Stadt Leipzig seit 2016 auf dem Areal der früheren Bezirksverwaltung für Staatssicherheit entwickeln will. Eine unabgestimmte Umsetzung von Entwicklungsschritten verbietet sich in diesem Kontext von selbst.

Am Ende des Artikels greift der LVZ-Redakteur den bereits 2016 mit einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister Jung und dem Bürgerkomitee Leipzig e.V. beigelegten Konflikt zwischen dem städtischen Schulmuseum und der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" um die Nutzung des original erhaltenen Stasi-Kinosaals auf, indem er wieder falsche oder einseitige Argumente anführt. Die einzige Ausstellung zur Friedlichen Revolution, die es in Leipzig gibt, zeigt die Gedenkstätte seit 2009 in besagtem Kinosaal. Bis zum Jubiläum 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit 2014/15 war die Ausstellung zur Friedlichen Revolution sehr wohl in Absprache mit der damaligen Leiterin des Schulmuseums Elke Urban bzw. auf Basis eines Stadtratsbeschlusses im Saal verlängert worden. Der Konflikt eskalierte, als im Sommer 2016 im Leipziger Stadtrat durch die SPD ein auch von der Stadtverwaltung unterstützter Antrag eingebracht wurde, dass der ehemalige Stasi-Kinosaal künftig nur noch durch das städtische Schulmuseum genutzt werden sollte.

Als sich abzeichnete, dass der Antrag keine Mehrheit finden würde, bot Oberbürgermeister Burkhard Jung uns ein Gespräch an und wir haben einen bis heute gültigen Vertrag zur Ausstellung "Die Friedliche Revolution in Leipzig" im ehemaligen Stasi-Kinosaal mit dem Oberbürgermeister geschlossen, den er höchstpersönlich unterzeichnet hat und der von der Stadt Leipzig als Pressemitteilung am 2. September 2016 auch als Faksimile im Wortlaut veröffentlicht wurde. In diesem Vertrag ist u.a. bezüglich der „im ehemaligen Stasi-Kinosaal gezeigten Ausstellung ‚Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution'" festgelegt, dass „die Stadt Leipzig das Bürgerkomitee Leipzig e.V. bei der Suche nach einem geeigneten alternativen Standort in funktionaler Nähe zur Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" nach Kräften und aktiv unterstützen" wird. Verbindlich wurde vereinbart, „innerhalb von zwei Jahren, bis zum 31.03.2019 eine dauerhafte Lösung für die Präsentation der Ausstellung" zu finden. Anderenfalls „werden sich Stadt Leipzig und Bürgerkomitee Leipzig e.V. über die erneute Nutzung des Kinosaals als Ausstellungsfläche verständigen."

Wir haben unsererseits mit großem, auch finanziellem Aufwand verschiedene Orte für eine Interimspräsentation geprüft, Konzepte dafür erarbeitet und dem Kulturamt übermittelt. Schlussendlich hat das Kulturamt entgegen der zunächst ausdrücklichen mündlichen Zusage des Oberbürgermeisters die Umsetzung aus finanziellen Gründen abgelehnt, so dass die Ausstellung nun im ehemaligen Stasi-Kinosaal auf Basis der Vereinbarung mit dem Oberbürgermeister bis zu einer endgültigen Lösung der Raumfrage gezeigt wird. Die gemeinsame Nutzung des ehemaligen Stasi-Kinosaal mit dem Schulmuseum für Veranstaltungen ist im Rahmen dieser räumlichen Möglichkeiten nach wie vor gegeben. In seinem Artikel zitiert Mark Daniel diese Aussage zwar, behauptet dann aber: „Diese Möglichkeiten bestehen momentan aus einem dunklen Tunnel am Rande des Saals." Hätte der LVZ-Redakteur sich vor Ort von der Situation überzeugt, die er als „dunklen Tunnel am Rande Saals" beschreibt, so hätte er sicherlich bemerkt, dass es sich um ca. 1/3 der Gesamtfläche des Saales handelt, die mit ca. 80 Sitzplätzen seit 2009 auch für die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" der einzige Veranstaltungsraum ist, in dem die über 40 Veranstaltungen pro Jahr stattfinden. Der Raum liegt weder am Rand, noch ist er ein Tunnel.

Die Informationen zum Vertrag mit dem Oberbürgermeister haben wir dem LVZ-Redakteur Mark Daniel auf dessen Anfrage übermittelt und dennoch stellt er auch diesen Vertrag so dar, als ob er „eine Befristung der Ausstellung bis zum Umzug ins Interim in der Katharinenstraße 2 fest" setzen würde. Weiter behauptet Herr Daniel, dass Herr Hollitzer „mehrere Vorschläge abgelehnt" hätte und zitiert dann Rathaussprecher Matthias Hasberg: „Das Scheitern mehrerer Standorte hatte auch mit Abwehrhaltung sowie immer neuen Forderungen vom Bürgerkomitee zu tun." Diese Aussage ist falsch. Wir haben als Bürgerkomitee alle Festlegungen aus dem Vertrag mit dem Oberbürgermeister erfüllt und keine neuen Forderungen aufgemacht, sondern auf Wunsch der Stadt Leipzig sogar zusätzliche Interimsstandorte geprüft. Da das Kulturamt die alternativen neuen Räumlichkeiten nicht finanzieren wollte, gilt nun die Vereinbarung mit dem Oberbürgermeister, dass die Ausstellung seit dem 31.03.2019 wieder dauerhaft im Kinosaal gezeigt wird.

Die zitierte Forderung von Rainer Eckert am Ende des Beitrages „Der widerrechtlich okkupierte Saal muss hergegeben werden" ist also diffamierend und falsch. Wir nutzen den Saal völlig legal auf Basis des genannten Vertrages mit dem

Oberbürgermeister und zahlen für die Nutzung der von der Stadt angemieteten Flächen jährlich über 20.000 Euro Miete. Auch hier schreibt Herr Daniel in seinem Text die Unwahrheit, indem er eine kostenfreie Nutzung behauptet.

Der Oberbürgermeister Burkhard Jung lässt sich hier somit nichts gefallen, wie der LVZ-Redakteur am Ende des Artikels fragend unterstellt, sondern er hält sich einfach an einen 2016 gemeinsam geschlossenen und unterzeichneten Vertrag. Wenn Gesine Oltmanns von der Stiftung Friedliche Revolution am Ende des Beitrages zitiert wird: „Die Stadt muss hier Verantwortung übernehmen", dann hat sie insoweit Recht, als dass die Festlegung aus dem Vertrag mit dem Oberbürgermeister, „dass der denkmalgeschützte Saalbau der ehemaligen DDR-Staatssicherheit mit dem original erhaltenen Kinosaal, der Kegelbahn und weiteren Räumen ein wichtiger Ort der Erinnerungskultur ist und perspektivisch in der Weiterentwicklung authentisch zur Gedenkstätte Museum in der ‚Runden Ecke' gehört", jetzt auch von der Stadtverwaltung umgesetzt werden sollte und das Schulmuseum im Rahmen der Entwicklung des „Forums für Freiheit und Bürgerrechte" nunmehr Entwicklungskonzepte außerhalb des Saalbaus erarbeiten muss.

Die am Ende des Artikels behauptete Überzeugung von Tobias Hollitzer, die „alleinige Deutungshoheit der 89er-Geschichte zu haben" ist ebenso absurd wie falsch. Herr Hollitzer hat die Friedliche Revolution – wie viele andere auch – mitgestaltet und forscht seit nunmehr 30 Jahren wissenschaftlich zu diesem Thema. Seine Forschungsergebnisse publiziert er seitdem in Vorträgen, Büchern und Ausstellungen. Jedem, der zu anderen Forschungsergebnissen kommt, oder andere Thesen vertritt, steht es frei, sich im wissenschaftlichen Diskurs, damit auseinanderzusetzen. In den vergangenen 10 Jahren haben wir übrigens zu der von Tobias Hollitzer kuratierten Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution" und auch zu dem dazugehörigen zweibändigen Katalog noch keine substanzielle inhaltliche Kritik gehört. Es erschöpfte sich bisher immer nur in allgemeinen, nicht näher begründeten, Forderungen nach Überarbeitung.

Abschließend bleibt noch einmal festzustellen, dass der Artikel über den Leiter der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" Tobias Hollitzer eine ganze Reihe von Halbwahrheiten bzw. Unwahrheiten enthält. Ein Abgleich der Antworten, die unsererseits vor Erscheinen des Artikels an den Autor Mark Daniel gegangen sind, mit dem gedruckten Text zeigt, dass er in vielen Punkten Fakten weggelassen hat, offenbar um generell einen negativen Eindruck zu erwecken.

In diesem Kontext ist es wichtig zu wissen, dass zu den Aufgaben der Gedenkstätte nicht nur die beiden Ausstellungen „STASI – Macht und Banalität" und „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution" gehören, sondern auch Betrieb und Unterhalt des Museums im Stasi-Bunker Machern, die Open-Air-Ausstellung „Orte der Friedlichen Revolution" mit der gleichnamigen App, eine museale Sammlung mit über 40.000 dreidimensionale Einzelobjekten aus allen Arbeitsbereichen der Staatssicherheit (von der „Wanze" bis zum B1000 mit Beobachtungstechnik), ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm sowie gedenkstättenpädagogische Angebote und nicht zuletzt der im Aufbau befindliche Justizgeschichtliche Erinnerungsort „Ehemalige zentrale Hinrichtungsstätte der DDR". Auch sei darauf hingewiesen, dass die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" seit vielen Jahren nach dem Zeitgeschichtlichen Forum und dem Museum der bildenden Künste mit bis zu 130.000 Gästen pro Jahr das drittbestbesuchte Museum in Leipzig ist – und dies bei einem deutlich geringerem Etat und einer damit einhergehenden deutlich geringeren personellen Ausstattung.

Die Gedenkstätte ist Dank des Engagements von Tobias Hollitzer und des unter seiner Leitung arbeitenden Teams ein international anerkannter authentischer Ort der Erinnerung und der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur. Vieles ist auch seiner Beharrlichkeit zu verdanken, mit der er diese Anliegen auch gegen Widerstände in Verwaltung und Politik immer wieder versucht durchzusetzen.

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Wenge Vorstandsvorsitzender	Reinhard Bohse Vorstandsmitglied	Dr. Sieghard Mühlmann Vorstandsmitglied	Hermann Göthel Vorstandsmitglied